

Büro Robertstraße als Alternative zum „Raumschiff“ in Düsseldorf

LANDTAG Die SPD-Abgeordneten Bell, Bialas und Neumann sehen ihre Arbeitsschwerpunkte an der Basis in Wuppertal.

Von Andreas Boller

Das neu eingerichtete Wahlkreisbüro der SPD-Landtagsabgeordneten Dietmar Bell, Andreas Bialas und Josef Neumann an der Robertstraße symbolisiert Aufbruchstimmung. Große Fenster lassen den Blick der Passanten bis auf den Schreibtisch von Dietmar Bell zu. „Drei Neue im Landtag aus einer Stadt, das war zu Beginn unserer Arbeit schon ein echter Standortnachteil“, gesteht Dietmar Bell ein. Entsprechend wichtig sei es gewesen, Netzwerke aufzubauen, und sich sowohl in der eigenen Fraktion als auch im Landtag als Wuppertaler Einheit zu präsentieren.

Gemeinsamer Internetauftritt und gemeinsames Wahlkreisbüro

Neben dem gemeinsamen Büro an der Robertstraße gibt es einen gemeinsamen Internetauftritt. Die drei Landespolitiker wollen in Wuppertal präsent sein, um die Fäden zwischen den Bürgern, der Stadt und dem Land auf allen politischen Ebenen enger zu knüpfen. Als Grund nennt Bell die Angst vor der „Raumschiff-Situation“, die sich in Düsseldorf einstellen könne, wenn der Kontakt zur Basis verloren gehe. Der

Spagat zwischen Wuppertal und Düsseldorf ist ein ehrgeiziges Vorhaben, wobei sich noch zeigen muss, ob das Kunststück überhaupt über eine komplette Legislaturperiode auf dem Programm steht. Die Diskussionen zum Thema Neuwahlen verfolgt Dietmar Bell angesichts des „aktuellen Zustandes der Opposition“ mit Gelassenheit. „Wir haben in der gesamten Zeit noch keine Abstimmung verloren“, sagt Bell.

„Es nützt nichts, wenn Geld da ist, aber niemand in der Lage ist, Anträge zu stellen.“

Josef Neumann, Landtagsabgeordneter

Als Erfolg könnten Bell, Bialas und Neumann zuletzt verbuchen, dass Wuppertal rund 20 Millionen Euro mehr an Schlüsselzuweisungen des Landes über das Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten soll. „Werden die Soziallasten adäquat gewichtet, dann wären es für das Jahr 2011 noch einmal 15 Millionen Euro mehr“, rechnet Dietmar Bell vor, der gleichzeitig auf die geplante Entlastung Wuppertals über den

Nachtragshaushalt des Landes hinweist. Damit eine Kommune wie Wuppertal überhaupt einmal in eine Tilgungssituation kommen könne, sei eine Änderung der Bundespolitik unerlässlich. Bis dahin ist Hilfe zur Selbsthilfe angesagt. Josef Neumann arbeitet im Landtag in den Ausschüssen Arbeit, Gesundheit, Integration sowie in dem Ausschuss für Europa und eine Welt mit. Gerade was die Förderung der Stadt Wuppertal durch die EU betreffe, sieht Neumann Nachholbedarf bei der Stadt, die Fördermittel der EU abzuschöpfen.

Förderung durch die EU geht nur über hochkomplizierte Anträge

Nach Einschätzung von Josef Neumann sei die Debatte im Verwaltungsvorstand angekommen. Trotz der Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur, die die Förderkulisse für die Bergische Region im Auge behalten müsse, sei es erforderlich, dass die Stadt auf diesem Gebiet eine entsprechende Fachkompetenz habe. Dass aus Mitteln der Kulturstiftung des Landes NRW von 8,5 Millionen Euro nur 4500 Euro in Wuppertal gelandet seien, nannte Neumann als ein aktuelles Beispiel.

Fördern wollen die Drei die Bergische Region in Richtung einer Gesundheitsregion. Sie wollen die Stadt insgesamt nach außen positiver darstellen.